

mal wöch. Bezugspreis: monatlich 2.—, einjähr. 20.—, halbjährlich 11.—, Vierteljährlich 6.—, Einzel-Nr. 10 Pf., Sonntags-Nr. 15 Pf. Anzeigenpreise: Die 1. gesp. Zeile 30 Pf., Stellenangebote 20 Pf., Die Restzeilen je 10 Pf., bei Beendigung durch die Post außerdem Portozuschlag. Geschäftslicher Teil: Josef Fohmann, Dresden.

Völkischer Beobachter

Dienstag, 12. Januar

abends 8 Uhr im großen Saal der Kaufmannschaft

Verkundung

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung von Aufträgen auftraggeber u. Leistung v. Schadenersatz. Für undentl. u. dem Fernauf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingelangte und mit Rückporto zu versehenen Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 6 bis 8 Uhr nachmittags. Hauptverleger: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Verlagsdirektor, Druck und Verlag: Saganer-Verlagsdruckerei G.m.b.H., Dresden-N. 16, Goldschmidtstraße 44. Telefon 3722. Postfach Dresden 14797. Distribution: Gassen & Kretschke, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Völkischen Wochenschrift Dresden-N. 16, Goldschmidtstraße 44, Telefon 3722 und 3723.

Die Tagung des Zentrums

Die gestrige Tagung der Zentrumsvorstände hat mit ihrer Entschliessung rein äußerlich nichts Neues zutage gefördert. Die Versammlung zog einfach aus der drückenden wirtschaftlichen Not des gesamten Volkes die bekannte Konsequenz, daß zur Überwindung dieser Notlage eine Regierung auf breiter Basis unbedingt erforderlich sei. Und eine solche Regierung sei die Große Koalition. Im übrigen aber beschränkte man sich darauf, die notwendige Verantwortlichkeit der Parteien in den Vordergrund zu rücken, und die Unvernunft jener zu brandmarken, die in dieser Zeit ihre Partei höher als das Vaterland stellen. Man warnt vor einer Staatskrise.

Hinter den Kulissen der Zentrums-tagung ist natürlich noch etwas mehr vor sich gegangen, als in der offiziellen Erklärung zum Ausdruck kommt. Man hat selbstverständlich auch über andere Dinge geredet, die dann eintreten, wenn die Große Koalition doch wiederum scheitert. Daß man über diese Möglichkeiten in der Entschliessung nichts verlauten läßt, mag seine Gründe haben, das Publikum erwartete jedenfalls, daß auch darüber etwas gesagt werde.

Es wird heute immer noch mancher fragen, warum das Zentrum im Verein mit den Demokraten die Bemühungen um die Große Koalition trotz des Scheiterns im Dezember fortsetze. Wir haben damals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß diese Bemühungen nur dann gerechtfertigt seien, wenn das Zentrum ganz bestimmte Anhaltspunkte habe, daß doch noch eine Verständigung mit den Sozialdemokraten möglich sei. Ohne diesen bestimmten Anhalt wäre das Verfahren der Partei nicht zu verantworten. Es wäre eine nutzlose Vergeudung der Zeit. Wir müssen gegenwärtig noch abwarten, ob das Zentrum wirklich triftige Gründe für seine Handlungsweise gehabt hat. Möglich wäre es allerdings, daß die Zentrums-partei sich lediglich von jenem anderen Gedanken leiten ließ: die Sozialdemokraten nach dem Scheitern der Großen Koalition im Dezember nicht durch eine allzu schnelle scharfe Entschliessung noch weiter nach links zu drängen, so daß die Radikalisierung der Massen noch weiter um sich greife. Diesen Gedanken konnte in der Tat die Zentrumsfraktion haben, als sie sich zu erneuten Verhandlungen mit links entschloß. Es ist nämlich noch nicht abzusehen, wie sich die Verhältnisse gestalten werden, wenn das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter so rapide weiter steigt, wie es in den letzten Wochen der Fall gewesen ist. Welche Gefahr daraus entstehen kann, wenn Millionen Unzufriedener und dazu noch von bestimmten Gruppen Verhetzter in einem Lande vorhanden sind, das haben wir zur Genüge erfahren. Eine dumpfe, schwüle Luft lagert über Deutschland und viele warten bereits ängstlich auf irgendeine Explosion. Man soll die Gefahren nie zu schwarz sehen, aber man darf Realitäten doch nicht außer acht lassen. Fest steht jedenfalls, daß die Sozialdemokratie, wenn sie nicht in der Regierung sitzt, ungezügelt im Lande die Leidenschaft der Masse aufpeitschen kann. Sie würde sich da gar keine Einschränkung auferlegen und immer nur darauf bedacht sein, den Bestand der Partei und die Diktatur der Straße zu sichern.

Diese Radikalisierung durch ein allzu schnelles und vielleicht schroff erscheinendes Vorgehen zu vermeiden, hat wohl bestimmt dem Gedankengang der Zentrumsfraktion bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Sozialdemokraten zugrunde gelegen. Wir können das gelten lassen. Trotzdem wir bis zur Stunde noch nicht davon überzeugt sind, daß die Sozialdemokratie, nachdem sie so liebevoll behandelt worden ist, morgen in ihrer entscheidenden Sitzung die Konsequenzen ziehen und die Große Koalition mit bilden helfen werde. Was aber dann?

Vor allem gibt es dann kein Zögern mehr, unverzüglich die Regierungsbildung auf einer anderen Basis als der Großen Koalition vor sich zu nehmen. Und das wird ein sog. Minderheitskabinett (Volks-partei, Zentrum und Demokraten) sein. Vielleicht aber könnte dann gerade ein Erfolg der Bemühungen des Zentrums darin zu finden sein, daß sich die Sozialdemokratie wenigstens diesem neuen Kabinett gegenüber neutral verhielte, d. h. keine unbedingte Opposition einnehme. Ob sich daraus dann im Laufe der nächsten Zeit doch noch die Große Koalition entwickelt, wäre wiederum zwar sehr wünschenswert, aber dennoch „eine Sache für sich“. Auf jeden Fall hat das Zentrum in der gestrigen Sitzung sich völlig freie Hand vorbehalten und die Entschliessung ganz auf einen dringlichen letzten Appell an die Sozialdemokratie eingestellt. Auch diese Entschliessung ist nochmal ein Zeichen überaus vorsichtiger Behandlung der Sozialdemokraten. Nur nicht vorzeitig vor den Kopf stoßen.

Man kann da auch anderer Meinung sein, daß man nämlich durch Drohungen mehr als durch Milde bei der Linken erreiche. Doch darüber zu streiten ist müßig. Lehnen allerdings morgen die Sozialdemokraten vollständig ab, um einfach in die Opposition zu gehen, dann kann es keine Vertuschung der Sachlage mehr geben, und es muß eine große Aufklärungsarbeit der regierungstüchtigen Parteien und Presse eintreten, damit die Masse erfährt, wo die eigentlichen Schuldlinge des Volkswohls liegen. Das ist aber naturgemäß nicht mit einer reinen Polemik schlechtthin getan, sondern letzten Endes nur in einer die Probleme der Zeit objektiv darlegenden Art und Weise.

Es ist eine Eigentümlichkeit radikaler Rechts- und Links-Elemente, daß sie in Unvernunft und Kurzsicht sich gegenseitig immer in die Hand spielen. Als die Nationalen aus der Regierung austraten, hatten die Sozialdemokraten Oberwasser und konnten von der Unverantwortlichkeit der Rechten reden, heute sind die Sozialdemokraten auf dem besten Wege, erneut den Ball der Rechten zuzuworfen. Denn das ist klar: Versagt die Sozialdemokratie, so wird man auf der rechten Seite von neuem mit gefährlichen Segeln fahren. Wir befinden uns von rechts wie von links in gleichen Abständen, aber wir haben trotz der prinzipiellen Unterschiede nach beiden Seiten hin versucht, die Extreme zur einzig fruchtbringenden Politik der Mitte herüberzuziehen. Und das wird immer das Ziel einer konstanten Politik sein müssen. Wenn heute beide Extreme in dem Sinne versagen, daß sie die Mitverantwortung in der Regierung ablehnen, so müssen die Mittelparteien im Augenblick die Regierung allein bilden und sich wenigstens die Duldung dieser Regierung auf der Seite sichern, wo sie möglich ist.

Aus Berlin wird uns mitgeteilt: Am Sonntag vormittag versammelten sich im Fraktionszimmer des Zentrums des Reichstages die Mitglieder des Reichsparteivorstandes zusammen mit den Mitgliedern des Vorstandes der Zentrumsfraktionen des Reichstages und Preussischen Landtages. Dem Anse waren außerordentlich viele Vertreter gefolgt. Aus allen Teilen des Reiches, namentlich auch aus den großen süddeutschen Ländern, insbesondere aus Baden, aber auch aus Württemberg, ferner aus dem Rheinland, aus Schlesien, Westfalen, Mitteldeutschland und auch aus der Diaspora waren die Mitglieder des Reichsparteivorstandes zahlreich vertreten. Mit den Mitgliedern der Fraktionsvorstände waren die Vorsitzenden und zwar Reichsanwalt a. D. Fehrenbach für die Reichspartei und Geheimrat Dr. Borsch für die Landtagsfraktion des Zentrums zugegen. Auch Reichsminister Dr. Brauns wohnte als Mitglied des Fraktions-

vorstandes den Verhandlungen bei, wie der preussische Wohlfahrtsminister Hirtfelder für die preussische Landtagsfraktion. Aus dem Lande bemerkte man insbesondere den Finanzminister Röhler aus Baden, sowie den Führer der badischen Zentrumsfraktion Prälaten Schöfer. Die Führer der einzelnen Gaue waren fast sämtlich zugegen, u. a. für die rheinische Zentrumsfraktion Justizrat Münnig, ferner Landesökonomierat Herold und andere. Die Aussprache über die politische Lage nahm viele Stunden in Anspruch. Sie wurde eingeleitet mit einem Bericht des Reichsanwalters a. D. Marg. An der Debatte nahmen u. a. auch Reichsminister Dr. Brauns und Ministerpräsident Stegerwald sowie Reichsanwalt a. D. Wirth teil, letzterer wohnte den Verhandlungen in vollem Umfang bei. Seine Ausführungen, die er über die demnächstigen politischen Möglichkeiten machte, fanden eine besondere Aufmerksamkeit. Wirth plaidierte naturgemäß der Linie der Partei entsprechend für die Große Koalition, aber auch er war sich klar darüber, daß, falls diese nicht zu erreichen ist, eine Übergangslösung etwa im Sinne der Schaffung einer Koalition der Mitte, verlust werden müsse. Aus der ganzen Debatte ergab sich die einheitliche Meinung der leitenden Instanzen der Zentrumsfraktion, daß die Zusammenfassung aller positiven Kräfte in einer möglichst großen Koalition nach wie vor das Ziel der Zentrumsfraktion ist, das zu erreichen mit allen tauglichen Mitteln zum wirtschaftlichen und politischen Nutzen unseres Volkes und Landes angestrebt werden müsse.

Die Verhandlungen waren des weiteren getragen von dem einheitlichen Willen, die Zentrumsfraktion zu stärken und zu festigen und der Partei die ihr gebührende Position im politischen und parlamentarischen Leben zu verschaffen. Es wurde am Schluß der Tagung folgende offizielle Erklärung herausgegeben:

Am 10. Januar tagten im Reichstags-Gebäude der Vorstand der Deutschen Zentrumsfraktion und die Vorstände der Zentrumsfraktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages. In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungeheure von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not weiterer Volkskategorien einen erschütternden Ausdruck. Daraus zog die Versammlung die Folgerung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Regierung auf breiterer Grundlage denken sein könne, das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung kann sich keine Partei entziehen, der es ernst ist mit der Fortführung einer zurecht erhaltenen, friedlichen Außenpolitik und der Wahrung unserer Verfassung, der Gesundung der Wirtschaft und der Linderung der sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es, und für eine Verfassungskonsequenz unerträglich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise noch eine Staatskrise heranzubringen. Sie würde zur völligen Verelendung unseres Volkes, insbesondere der Arbeitermassen führen. Die Versammlung erwartet daher von der Zentrumsfraktion des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel anbietet, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Das Ende des „Genfer Skandals“

Ein Skandal, von dem nichts übrig bleibt — Die Erklärungen im Auswärtigen Ausschuss

Berlin, 11. Januar.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages hat am Sonnabend, wie bereits gemeldet, die aufklärende Aussprache über die Sekretariatsfrage im Völkerbund stattgefunden. Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann suchte in der ausführlichen Erklärung, die er zu Beginn der Sitzung abgab, dort, was kein Beamter des Auswärtigen Amtes irgendwelche persönliche Politik in dieser Frage getrieben habe und daß auch von niemandem eine Aufforderung an den deutschen Generalkonsul in Genf ergangen sei. Irrendwelsche Vorschläge habe die Reichsregierung bisher noch nicht gemacht, weil ihr bisher noch nicht bekannt sei, welche Stellen im Völkerbunde für Deutschland freistehen. Das Auswärtige Amt habe lediglich ein Schema dessen ausgearbeitet, was wir etwa verlangen wollen, um nicht gegenüber anderen Nationen ins Hintertreffen zu kommen. Schließlich bemerkte der Außenminister, daß die Stellungnahme des Berliner Blattes der Deutschen Volkspartei, der „Täglichen Rundschau“ in dieser Frage von ihm nicht beeinflusst worden sei.

Hg. Stampfer (Soz.) bedauert, daß der Reichsaussenminister nicht sofort von der „Täglichen Rundschau“ nach dem Erscheinen der Artikel über die Genfer Angelegenheit abgerückt sei. Der Reichsaussenminister hätte voraus sehen müssen, daß eine Schädigung deutscher Interessen aus dem Skandal entstehen würde. Der Reichsaussenminister habe wiederholt von „unerhörten Verdächtigungen der sozialdemokratischen Presse“ gesprochen; gegen die Verlogenheit der Rechtspreffe habe er dasselbe Wort nicht gefunden. Der ganze Genfer Skandal sei ein Glied in der endlosen Kette von Verleumdungen, gegen die republikanischen Parteien.

Hg. Marg (Ztr.) gab seinem Bedauern über den stillosen Niedergang Ausdruck, der sich in einer derart schmutzigen und schamlosen Presseheize offenbare, wie einige Rechtsblätter sie anzuwenden belieben. Er

Marg habe seine Vorschläge über die Befehung gewisser Posten in der Völkerbundsverwaltung lediglich in einem ganz privaten Brief und nicht namens seiner Partei gemacht. Er habe die Vorschläge nur deshalb gemacht, weil er von privater Seite ausdrücklich dazu aufgefordert worden sei; er habe das Schreiben auch gar nicht an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet. Uebrigens habe er sozialer Weise dem Auswärtigen Amt sofort die Namen der vorgeschlagenen Persönlichkeiten mitgeteilt. Er habe geglaubt, zu seinem Vorgehen ein Recht zu haben, nicht nur, weil jeder als treuer Staatsbürger die Pflicht habe, dafür zu sorgen, daß auch in die Stellen des Völkerbundssekretariats Beamte einzögen, die fest auf dem Boden der modernen Staatsform ständen. Weiterhin sei er zu diesen Schritten berechtigt gewesen, weil die Zentrumsfraktion mit aller Entschiedenheit für sich in Anspruch nähme, bei den Beamtenstellen der verschiedensten Art, namentlich auch in den Ministerien, in gerechter Weise vertreten zu sein. Er könne feststellen, daß man im Auslande vielfach Verwunderung darüber zum Ausdruck gebracht habe, daß die Zentrumsfraktion zwar eine Anzahl von Ministern und drei Reichsanwälte dem Reich zur Verfügung gestellt habe, aber in den Reichsministerien, wenn überhaupt, dann nur zu einem unverhältnismäßigen Anteil vertreten sei. Die Partei sei entschlossen, sich diesen Zustand nicht weiter gefallen zu lassen. Auch dieser Gesichtspunkt habe ihr zu seinem Schritt veranlaßt. Er vermahnte sich mit aller Entschiedenheit dagegen, daß man diese Vorgehen als Stellenjägerlei bezelchne. Ihm sei nichts davon bekannt, daß sein Vorgehen irgendwelche Beunruhigung in Genf hervorgerufen werde; im Gegenteil, er glaube, daß seine Angaben in Genf entgegen-